

2. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 25. und 26. Oktober 2003, Chemnitz

Ein neues Programm wird uns Zuversicht und Mut für unseren Kampf um eine alternative Agenda sozial geben

Rede des Vorsitzenden der PDS, Prof. Lothar Bisky

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste, liebe Freunde!

Der Bürgermeister von Chemnitz hat uns schon daran erinnert. Chemnitz erlebte 1912 einen sozialdemokratischen Parteitag. Max Müller sagte damals in seiner Eröffnungsrede am 15. September 1912: "Wenn je ein Parteitagort darauf Anspruch machen konnte, historischer Boden für die Arbeiterbewegung zu sein, dann Chemnitz in erster Linie. Hier hat sich ein gewaltiges Stück Arbeiterbewegung abgespielt ..." Ein guter historischer Boden also für den zweiten Parteitag einer linken Partei hier in Chemnitz, ein guter Boden für einen Programmparteitag demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Im Polizeibericht über den damaligen Parteitag 1912 steht zu lesen, ich zitiere: ""Es wurde manches harte Wortgefecht geführt; wenn sich aber auch die Genossen des öfteren recht ungeschminkt die Wahrheit sagten und dabei in der Partei zweifellos bestehende Gegensätze ... deutlich zu Tage traten; so nahm das Redetournier im allgemeinen doch einen ruhigen, oft beinahe monotonen Verlauf." Wer auch immer über unseren Parteitag berichtet: ich wünsche mir, sie/er könnte gleiches feststellen und das "monotonen" durch "lebendigen Verlauf" ersetzen.

Die erste politische Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, sollte heißen: Nehmt die Rentenkürzungen zurück! Diese Maßnahme ist sozial ungerecht und außerdem Gift für die Binnenkaufkraft. Die zweite politische Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, heißt: Die PDS lehnt die Agenda 2010 ab und setzt ihre Agenda Sozial dagegen. Und die dritte politische Botschaft sollte lauten: die PDS hat sich ein neues Programm gegeben. Dafür jedenfalls engagiere ich mich. Würden diese drei politischen Botschaften kommen, dann würde öffentlich wahrnehmbar sein: die PDS ist ernsthaft dabei, sich aus ihrer Krise herauszuarbeiten und steht als Partei der sozialen Frage wieder in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

In den letzten 115 Tagen war ich in Riesa und Paris, in Frankfurt am Main und in Frankfurt an der Oder. Ich habe mich mit Landwirten, mit Theaterleuten, mit Bürgermeistern auch anderer Parteien über die Förderpolitik der EU unterhalten, über die Zerstörung aktiver Arbeitsmarktpolitik, über die Ideen und Sorgen in den Kommunen und Landkreisen. Ich werde im November verstärkt in den Westen der Republik reisen, z. B. auch nach Offenbach zur kommunalpolitischen Konferenz der PDS. Ich bin engagierten Frauen aus der PDS begegnet, zu denen junge Leute mit Lernschwierigkeiten und ohne Lehrstellen kommen. Die PDS- Bürgermeister in Artern, in Prenzlau, in Hoyerswerda und andernorts, genießen Achtung und Unterstützung in ihren Städten. Trotz hoher Arbeitslosigkeit, trotz Abwanderung und trotz leerer Kassen gehen sie auf die Menschen zu, weil wir realistische Visionen eines solidarischen und friedlichen Zusammenlebens wach halten. Unsere Wurzeln, liebe Genossinnen und Genossen, liegen vor Ort, sie liegen in der Kommunalpolitik. Morgen zum Beispiel finden die Kommunalwahlen in Brandenburg statt. Und alle, die dort für die PDS antreten, sollten wissen, dass wir sie nicht nur für den Wahltag, sondern langfristig unterstützen.

Mir geht manches in der PDS zu langsam.

Wir haben keine Zeit, Stunden, tagelang über ein Problem zu diskutieren, ohne zu einer Lösung zu kommen. Wir haben keine Zeit, Misstrauen unter uns Linken zu pflegen. Ich bin

es leid, immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, wir wollten ein sozialdemokratisches Programm verabschieden. Aus der PDS heraus erhoben, zeugt ein solcher Vorwurf nicht gerade von besonders exzellenter Kenntnis unseres Programmtextes oder der real existierenden SPD. Und natürlich brauchen wir keine zweite sozialdemokratische Partei, eine wäre da schon wichtig, wenn ich an die gegenwärtige Situation denke. Ich werde auch nicht um Vergebung bitten, dass wir manche Formulierungen aus dem Programm der DKP nicht übernommen haben. Das hat gute Gründe; denn wir sind eine eigenständige demokratisch-sozialistische Partei.

Und ein solches eigenständiges Programm einer eigenständigen PDS liegt uns zur Beratung und Verabschiedung vor... und sonst gar nichts! Sicher, wir haben unserer Krise noch nicht überwunden. Sicher ist aber auch, dass wir sie nicht überwinden können, wenn wir fortwährend auf andere starren und die eigenen Lösungen vernachlässigen. Ich sage das, damit wir uns auf unser sozialistisches Profil und in diesen Tagen der harten Auseinandersetzungen um den Sozialstaat auf die Aufgaben einer sozialistischen Partei konzentrieren. Ich sage das, damit wir gemeinsam und jeden Tag einen intelligenten und entschlossenen politischen Widerstand gegen Sozialabbau leisten.

Wir als Sozialistinnen und Sozialisten wollen Reformen mit denen die Grundlagen des Sozialstaates erhalten und erneuert und die nicht zu Lasten der kleinen Leute durchgeführt werden. Ich sehe weit und breit im Moment keine andere politische Partei in Deutschland, die die vielen Initiativen und die Hoffnungen aufgreifen wird, in denen eine Zukunft für alle Menschen lebendig ist. Ich wiederhole: Mir geht das alles noch viel zu langsam. Wir brauchen etwas mehr Selbstbewusstsein (keine Selbstgefälligkeit) und etwas mehr Entscheidungsfreude, um uns auf unsere eigenen Stärken zu besinnen und sie aktiv einzubringen in die politischen Auseinandersetzungen dieser Tage.

Am 1. Juli ist das teuerste Rüstungsprojekt der Bundesrepublik von Struck als "Meilenstein" gefeiert worden. 13 Tage später präsentiert uns die Bundesregierung die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf und unter das Sozialhilfeniveau als Reformvorschlag und als Bruch mit ihren eigenen Wahlversprechen. Während zwei Milliarden € für 60 Militärmaschinen bereit stehen, rechnen von Hartz bis Herzog alle Kommissionen aus, dass die Gesundheit der Bevölkerung, dass ein Altern in Würde, dass qualifizierte Arbeit und Kultur nicht mehr bezahlbar seien. Im Depressionsjahr 2002 hat Deutschland einen Exportüberschuß von 83,3 Mrd. Euro erzielt. Deutschland ist Exportweltmeister. Wer die Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung in zu hohen Steuern, zu hohen Lohnnebenkosten und einem hinderlichen Sozialstaat diagnostiziert, hat sich die Brille von Exportunternehmen, von Großkapitalisten aufgesetzt. Deutschland ist kein Opfer der neoliberalen Globalisierung, sondern einer der Motoren. Mit dieser Politik von Rot-Grün beteiligt sich Deutschland an einem gefährlichen internationalen Verdrängungswettbewerb, statt an einer demokratischen Weltwirtschaftsordnung.

Die Agenda 2010 ist das Ergebnis politischer Erpressung der großen Unternehmerverbände. Und der Kanzler gibt den Druck täglich weiter an die eigene Fraktion, an Arbeitslose, an Rentnerinnen und Rentner.

Was ist eigentlich los in einem Land, in dem von Norbert Blüm bis zu Gewerkschaftsvertreterinnen Menschen mit einem sozialen Gewissen als Bremser, als ewig Gestrige ausgemacht werden, Menschen, die sich nicht damit abfinden, das andere ausgebremst werden? Was ist eigentlich los in einem Land, in dem Horst Seehofer gegen Rot-Grün sozialstaatliche sozialdemokratische Grundpositionen verteidigt?

Während sich 10 Prozent der privaten Haushalte in diesem Land 40 Prozent des gesamten Privatvermögens teilen, teilt sich die untere Hälfte aller Haushalte knapp 5 Prozent. "Für die Bundesrepublik ist die Existenz von Armut, Unterversorgung und sozialer Ausgrenzung in einem wohlhabenden Land eine Herausforderung". Das steht im Armutsbericht der Bundesregierung.

Wer in diesem Land nicht mehr über Vermögensteuern redet, hat aufgehört, für eine Politik sozialer Gerechtigkeit Mehrheiten zu gewinnen.

Frau Merkels Zukunftsentwurf - in ihrer Rede "Quo vadis Deutschland?" - endet vorerst bei einer Führungsrolle der Deutschen in Europa. Angesichts eines völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak, spricht sie deutlich aus, worum es ihren Parteifreunden geht: "... nicht um Pazifismus, sondern um Freiheit und um Menschenwürde, um Demokratie und um Werte" [ginge es]

Die Position der PDS ist:

Deutschland sollte nur in einem einzigen Punkt eine führende Rolle in Europa einnehmen, nämlich im Friedenskampf.

Und wer in diesem Land verkündet, dass ein Umsteuern nur mit "Heulen und Zähneklappern" zu haben ist, wer die Zukunft mit hausgemachten demographischen Vorgaben zuplastert, sollte den demokratischen Vorschlag, die Tobin-Steuer einzuführen, endlich ernsthaft prüfen. Weder Aufrüstung, noch die Steuergeschenke an große Kapitalunternehmen, noch Billiglohnstrategien haben der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land irgendeinen Aufschwung gebracht.

Wieso ruft die übergroße Koalition herrschender Politik, die immer vom schlanken Staat träumt, nur nach staatlicher Kontrolle, wenn zur Jagd auf die in der angeblich üppigen sozialen Hängematten geblasen wird? In diesem Land, in dem sich Firmen offenbar vertraglich vor der Leistung die Gegenleistung vom Staat sichern, Parlamente vielleicht, aber nur vielleicht, einmal mündlich oder häppchenweise unterrichtet werden, wie sorgsam mit öffentlichen Investitionen umgegangen wurde, in einem solchen Land, da sollte man den Namen Tollcollect als Synonym für eine gute alte Zeit, die die CDU so vehement ablehnt, verwenden. Wer tilgt denn nun in diesem Tollhaus die verlorenen Millionen- oder sind es bald Milliarden - von Tollcollect? Darauf erwarten wir eine Antwort, bevor auch diese Rechnung noch den kleinen Leuten vorgelegt wird. Vorher ist jede Gerechtigkeitsdiskussion demagogisch und verlogen.

II

Mit der Verständigung auf ein unverkennbar demokratisch-sozialistisches Programm ergreifen wir auf diesem Parteitag die Chance, in der öffentlichen Debatte über Reformen in Deutschland und gegen den praktischen Prozess des Sozialabbaus ein unüberhörbares, deutliches, überzeugendes Zeichen des Widerstandes zu setzen. Ein Zeichen der Solidarität mit allen - ob in Gewerkschaften, Sozialkonventen, Kirchen oder sozialen Bewegungen- die gegen den antisozialen Charakter rot-grüner Reformpolitik Protest erheben. Der Programm-entwurf, der hier zur Diskussion steht, enthält Leitideen und Maßstäbe für zeitgemäße Reformen, die dem neoliberalen Inhalt der an uns gegenwärtig exekutierten Reformen ganz und gar widersprechen. Dieses Programm legt den Maßstab der Gerechtigkeit an der Reformpolitik an.

Unser Programmentwurf misst Grundwerten des demokratischen Sozialismus erhebliches Gewicht für die Orientierung der praktischen Politik bei. Der Programmentwurf fordert als Bedingung für die Freiheit der Einzelnen, über ihr Leben in Solidarität mit anderen selbst zu bestimmen, mehr soziale Gleichheit just in dem Moment ein, in dem auf Seiten der SPD Olaf Scholz auf Wolfgang Clements Forderung nach mehr "gerechter Ungleichheit" zurückgreift, die dieser in der Grundwertedebatte der SPD entwickelt hatte.

Der Streit geht nicht darum, ob Ungleichheiten - etwa der persönlichen Einkommen - als Entgelt unterschiedlicher individueller Leistungen für die Gesellschaft gerechtfertigt sind. Differierende individuelle Leistungen führen auch zu differenzierten Einkommen. Der Streit geht darum, zu verhindern, dass an die Stelle der Kämpfe um mehr soziale Gleichheit eine Politik wachsender Ungleichheit, d.h. sozialer Polarisierung gesetzt wird.

Die Bundesrepublik braucht nicht weniger, sondern mehr soziale Gleichheit der Teilhabe an existenzsichernder Arbeit. Die empörende Ungleichheit im realen Zugang zur Bildung muss durch mehr soziale Gleichheit der Teilhabe an Bildung abgelöst werden, d.h. auch durch besondere Förderung Benachteiligter und durch die Förderung besonders Begabter zugleich.

Zwar hört man allüberall die Binsenweisheit, die Bildungspolitik sei auch die beste Sozialpolitik. Doch spürt man davon wenig in der politischen Praxis. Wir brauchen nicht noch mehr Schritte in die Zwei-Klassen-Medizin, sondern soziale Gleichheit bei der Versorgung mit hochwertigen medizinischen Leistungen.

Kurz: Wir wollen, dass an die Stelle der Profitdominanz in politischen Entscheidungen ein Richtungswechsel nach einem ganz anderen Maßstab tritt, nach dem Maß der Gerechtigkeit. Denn, so heißt es im Programmentwurf: "Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit.

Wir haben aus der eigenen Herkunft gelernt: Wo alternatives Denken ausgeschlossen wird, naht das Ende gestaltender Politik.

Drei Mythen sollen die Deutschen zur Akzeptanz der sozialen Abwärtsspirale bewegen:

Mythos Nr. 1: Die Lohnnebenkosten für die Unternehmen seien zu hoch und würden ihre Wettbewerbsstärke unerträglich belasten. Sie müssten gesenkt werden, mit der Folge der Rücknahme sozialer Leistungen und erhöhter Belastungen für die Arbeitnehmer.

Aber das Lohnnebenkostenargument geht daneben. Die Lohnstückkosten nämlich (von denen die Lohnnebenkosten nur ein Teil sind) steigen in der Bundesrepublik seit 20 Jahren weniger stark an als in allen anderen Industrieländern mit Ausnahme Japans und Österreichs. Die Zahlen der EU-Kommission belegen das eindeutig. Für viele kleine Unternehmen sind die Lohnnebenkosten wirklich ein Problem. Darauf müssen Förder- und Steuerpolitik reagieren. Aber im Volkswirtschaftsmaßstab ist die Geschichte von den zu hohen Lohnnebenkosten nichts weiter als ein neoliberaler Mythos.

Mythos Nr. 2: Die Unternehmenssteuern in Deutschland seien zu hoch. Her mit vorgezogenen Steuersenkungen also! Wer hört das nicht gern - und übersieht allzu leicht, dass die Einnahmelücken in den Staatshaushalten zu neuen Sparrunden führen werden, die vor allem die Lohnabhängigen und sozial Schwachen treffen.

Und überdies, auch diese Aussage selbst ist falsch. Die reale Steuerbelastung der deutschen Unternehmen, die Steuerquote, liegt mit knapp 20 Prozent im unteren Drittel unter allen Industrieländern. Die Story von der extremen Steuerbelastung deutscher Unternehmer ist ein Mythos.

Mythos Nr. 3: Der deutsche Sozialstaat sei überfordert, seine Leistungen eine Hängematte für Faulenzer. Nicht Leistung, sondern Faulheit würde belohnt. Der Rückbau der Sozialleistungen sei ein Gebot der Stunde, damit die Arbeitslosen endlich Arbeit annehmen - Arbeit, so muss hinzugefügt werden, die nicht da ist auf dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt.

Wahr ist dagegen, dass der Anteil staatlicher Sozialleistungen am Bruttoinlandprodukt, die Sozialleistungsquote, seit 25 Jahren trotz der stark gestiegenen Arbeitslosigkeit und der ungelösten sozialen Probleme in Ostdeutschland nahezu gleich geblieben ist. Er liegt in Westdeutschland sogar unter dem Niveau von Mitte der 70er Jahre und wurde pro Kopf der Unterstützungsbedürftigen auf vielen Gebieten absolut verringert. Der Exportweltmeister soll ein überforderter Sozialstaat sein - ein Mythos! Deshalb heißt es im Programmentwurf: "Die herrschende Wirtschaftspolitik unterwirft Wirtschaft und Gesellschaft immer rücksichtsloser den Marktgesetzen, baut den Sozialstaat ab, beschränkt die Binnennachfrage, führt zu hoher Arbeitslosigkeit und blockiert soziales und ökologisch nachhaltiges Wachstum ... Die Grundannahmen der herrschenden Wirtschaftspolitik zur Begründung dessen beruhen auf Fehldiagnosen."

Ständig wird uns vom Schweizer Steuersystem vorgeschwärmt. Überall werden Boris Becker und die Müllermilcherben bemüht, um auf die angeblich entsetzlich hohen Steuern in Deutschland zu verweisen. Keine Statistik belegt diesen Mythos vom Hochsteuerland

Deutschland. Vom Schweizer Rentensystem hört man hingegen viel weniger. Vielleicht kann man davon auch etwas in Deutschland verwenden. Vielleicht nimmt man endlich die Hand von den Augen - auch im Kreise der herrschenden Politikerinnen und Kommissionsmitglieder - und sieht plötzlich ein paar mehr Beitragszahler in der Landschaft herumstehen, die bisher gar nichts in die Sozialkassen eingezahlt haben. Allein im vergangenen Jahr ist die Zahl der deutschen Euro-Millionäre um 25000 auf 755.000 gestiegen. Anders ausgedrückt: Auf sechs Arbeitslose kommt ein Millionär. Durch den Verzicht auf die Vermögenssteuer werden den Millionärinnen mehr Steuern geschenkt, als der Bund für die ganze Arbeitslosenhilfe aufwendet. Das ist ein Skandal. Es ist kein Geld da - heißt es! Hat das Volk Politikerinnen und Politiker gewählt oder eine Expertokratie, die auf Kosten der leeren Staatskassen immer zu ein und demselben Ergebnis kommt: das Renteneintrittsalter soll raufgesetzt werden, Kürzungen und die Zerstörung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungen sind kein Tabu mehr?

Es gibt viele, die wissen, so kann es nicht weitergehen. Es gibt viele Menschen - ob in Gewerkschaften, Sozialkonventen, in Kirchen und sozialen Bewegungen, die sich ihre Reformwilligkeit nicht so auslegen lassen werden, dass uns zukünftig 5 Mill. Sozialhilfeempfänger oder eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes angeblich neuartige Arbeitsplätze oder gerechte Bildungschancen ermöglichen werden.

Es gibt viele Menschen, die wissen, für wessen und welchen Reichtum sich Rot-Grün im Verein mit der CDU/CSU und der FDP zum Terminator des Sozialstaates aufspielen. Es gibt viele Menschen, die wissen, dass unsere Löhne zu niedrig, unsere Erwerbsarbeitszeiten zu lang und dass tatsächlich alle Arbeiten - von der Kinderziehung, über die Pflege bis zum gesellschaftlichen Engagement zwischen Männern und Frauen - ungerecht verteilt sind.

Beinahe geräuschlos, im "Windschatten" der Hartz III und IV-Gesetze ersetzte man am letzten Freitag im Bundestag das geltende Bundessozialhilfegesetz. Nun soll im neuen Sozialgesetzbuch XII die Leistungserbringung an die Leistungsfähigkeit der Kommunen angekoppelt werden. Bei der Lage der Kommunen wird man da wohl demnächst gleich noch etwas zum Sozialamt mitbringen müssen, wenn man darauf angewiesen ist, einen Antrag zu stellen. Damit ist das Bedarfsdeckungsprinzip gänzlich ausgehebelt. Es ist erneut versäumt worden, die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen in ein eigenständiges Bundesleistungsgesetz umzuwandeln.

Es ist ein weiterer Grundgedanke des Programmentwurfs, den demokratischen Sozialismus als einen Prozess sozialer Reformen mitten in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Perspektive der Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu verstehen.

Von manchen ist in unserer Programmdiskussion der Vorwurf erhoben worden, dass die vorgeschlagenen Schritte nur auf einem regulierten und etwas sozialeren Kapitalismus hinausliefen oder dass die Reformangebote einfach neben der Forderung nach Überwindung der Profitdominanz und der ihr zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse stünden.

Solche Einschätzung verkennt nach meiner Überzeugung, dass demokratischer Sozialismus heute nicht mehr allein als die Gesellschaft der Zukunft verstanden werden kann. Die Umriss einer künftigen sozialistischen Gesellschaft werden - Anregungen des Genossen Hermann Klenner folgend - in der Präambel des Entwurfs gezeichnet. Zugleich ist demokratischer Sozialismus als ein Prozess kleiner und größerer Veränderungen und Brüche zu verstehen, von Kämpfen um Verbesserungen im Leben der Bevölkerungsmehrheit, als ein Prozess, der mehr und mehr die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft verändert, sie zu Gunsten der Lohnabhängigen, der bisher ins Abseits Gedrängten und der solidarisch denkenden Bessergestellten verschiebt, gegen die Profitdominanz gerichtet, demokratische Entscheidungshoheit für Gegenkräfte erfordert und in das heute Machbare den Anschluss an weiterreichenden Wandel über die Grenzen des Kapitalismus hinaus aufnimmt.

Immer geht es um beides: gestaltendes Eingreifen gemeinsam mit anderen demokratischen Akteuren einerseits, um mehr Demokratie von unten, mehr sozial gleiche Teilhabe an Bildung, Information und Kultur, an medizinischen Leistungen und sozialer Sicherheit zu

erreichen. Und andererseits um Erkennbarkeit sozialistischer Politik als Politik der Gerechtigkeit, als alternative Politik, die dem Reformprozess eine andere emanzipatorische, sozialökologische Richtung gibt. Gestaltende Politik und Grenzüberschreitung! Beides zusammenzuführen zu einem Prozess - das ist der Geist, in dem der Programmentwurf geschrieben wurde. Beides zusammenzuführen - das haben SPD und Grüne ad acta gelegt. Das hat eine Leere im Parteienspektrum geschaffen - eine Leere, die die PDS zurzeit jedoch nicht ausfüllt. Sich dazu selbst zu befähigen - das ist die Aufgabe, die das Programm der Partei stellt.

Solange die ökonomisch Mächtigen und die Regierenden jedoch die Konzerne, Großbanken und Großvermögen immer mehr aus der Mitfinanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben entlassen, solange in der Haushaltspolitik vorwiegend an Sozialausgaben gespart und die Einnahmenseite absichtsvoll zugunsten der Reichen vernachlässigt wird, haben Mandatsträger und mitregierende Vertreter der PDS schlechte Karten für eine derartige alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir wissen alle, dass mit einem sozialistischen Programm der Widerspruch zwischen dem Wirken mitten in der bürgerlichen Gesellschaft für ihren Wandel und dem Ziel, die Grenzen des Kapitalismus selbst zu überschreiten, nicht aufgelöst ist. Aber drei Zugänge im Umgang mit diesen für die PDS womöglich existenziellen Problemen werden im Programm hervorgehoben:

1. "Wir streiten für Steuergerechtigkeit, die hohe Einkommen und Privatvermögen stärker belastet, ihrer Abwanderung in Steueroasen und ihrer spekulativen Anlage entgegenwirkt. ... Steuermisbrauch ist zu bekämpfen. Die PDS fordert die Wiedererhebung einer neuausgestalteten Vermögenssteuer, eine gerechtere, in den oberen Bereichen angehobene Erbschaftssteuer auf große Privatvermögen, die Einführung einer gewinnabhängigen Körperschaftssteuer, die Aufhebung der Steuerfreiheit aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen und die Besteuerung von Devisentransaktionen und Börsengewinnen."

Sozialistische Alternativen laufen nicht - wie oft unterstellt - in erster Linie auf Verteilungsfragen hinaus. Wir suchen innovative Problemlösungen im Umbau der Arbeitswelt, in einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform durch gestaltende Wissenschafts- und Technologiepolitik, durch sozialökologische Rahmensetzung für den Markt und strategisch angelegte Wirtschafts-, Struktur-, Regional- und Kommunalpolitik. Aber ohne Umverteilung von oben nach unten läuft Regierungsbeteiligung der PDS auf Länderebene und Verantwortung auch in den Kommunen große Gefahr, zur Politik der geringeren von allen möglichen Übeln herabzusinken. Und trotz aller Mühen um soziale Problemlösungen wird die PDS unter solchen Bedingungen öffentlich allzu leicht als Partei wie alle anderen eben auch wahrgenommen, ohne erkennbaren besonderen Nutzen für Wählerinnen und Wähler.

Deshalb gehört mit verstärktem Gewicht Verteilungsgerechtigkeit zu den Alternativen, die wir programmatisch vertreten und politisch erstreben - in großer Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen.

2. Vertreterinnen und Vertreter der PDS, die sich in kommunaler Verantwortung und in Landesregierungen mit größtem Einsatz Tag für Tag mit ungezählten Problemen herumschlagen und dabei stets zu politischen Kompromissen genötigt sind, bedürfen der Begleitung der Parteivorstände und der ganzen Partei, um in der Mühsal der Tagespolitik ihre Verantwortung für ein öffentlich deutlich erkennbares sozialistisches Profil der Partei wahrnehmen zu können. Deshalb heißt es im Entwurf: " In offener und kritischer Auseinandersetzung und im direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir prüfen, ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen, einen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen, der die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Die Gremien der PDS haben die Aufgabe, die Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive in Übereinstimmung mit den strategischen Zielstellungen unserer sozialistischen Partei zu sichern."

3. Der Spielraum sozialistischer Politik wird vorerst auch bei vereinten Mühen sehr eng bleiben. Umso wichtiger ist deshalb der Politikstil selbst. Die eigenen Entscheidungen für die Öffentlichkeit durchschaubar zu machen, Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsfindungen zu beteiligen, Rechenschaft vor ihnen abzulegen - das kostet wenig Geld, wenn

auch viel Mühe und Gedanken. Aber das ist unverzichtbar für eine demokratisch-sozialistische Partei.

Ein Grundgedanke im Programmentwurf kommt besonders im Abschnitt III zu Ausdruck: Wer helfen will, die Gesellschaft zu verändern, muss realistische Politikangebote vorlegen, die die Bürgerinnen und Bürger als nützlich für sie selbst erkennen können.

Im Programmentwurf werden daher auf entscheidenden Politikfeldern der Regierungspolitik alternative Politikangebote entgegengesetzt und Orientierungen für praktische sozialistische Politik entwickelt.

Das erste dieser Felder heißt Demokratie. Dem liegt unsere Überzeugung zugrunde, dass an die Stelle obrigkeitlich geregelter Unterwerfung der Geschicke des Gemeinwesens unter die ökonomischen Zwänge der Weltmärkte die Ausweitung individueller und kollektiver Rechte der Bürgerinnen und Bürger treten muss. Alternative Reformen werden entweder im Verlauf der Erneuerung der Demokratie durch mehr Einfluss demokratischer Akteure Wirklichkeit, oder sie werden nicht stattfinden.

Wir wollen die repräsentative Demokratie mit wirksamen Formen direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen verbinden. Deshalb ist die PDS auch für eine Volksabstimmung zur Europäischen Verfassung.

Wir wollen dabei sein, wenn Menschen sich im Mühen um Projekte ihres Interesses selbst ermächtigen, ihre eigenen Dinge in die eigenen Hände zu nehmen. Beispielsweise in der Haushaltspolitik über den Einsatz der Finanzen in der Kommune so zu entscheiden, wie es für die Menschen vor Ort am besten ist.

Allemaal ist unsere Überzeugung, dass Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, ohne mehr Arbeiterrechte eine amputierte Demokratie bleibt.

Und als Internationalisten wissen wir, dass eine Demokratie, in der der "Norden" den "Süden" mit den Auflagen von WTO, IWF und Weltbank jede Chance souveräner Politik zum sozialen Wohl der eigenen Bevölkerung nimmt, eben höchst begrenzt bleibt. Wer diktiert, ist nicht demokratisch. Das Programm enthält deshalb Grundaussagen über unsere Vorstellungen von einer demokratischen Weltordnung.

III

Der Programmentwurf der PDS ist der einer konsequenten Antikriegspartei. Sozialistische Außen- und Sicherheitspolitik - präziser - sozialistische Friedenspolitik ist zu einem Markenzeichen der PDS geworden. Zwar gewinnt eine Partei selten mit außenpolitischen Themen Wahlen, aber zum Wahlsieg Gerhard Schröders hat nicht unwesentlich seine Festlegung, keine deutschen Soldaten in den Irak-Krieg zu schicken, beigetragen. Für die PDS ist zumindest die Schlussfolgerung, dass es keine Themen gibt, die wir sozusagen gepachtet haben, nötig. Kompetenz und Vertrauen gilt es immer wieder zu erwerben, unter Beweis zu stellen und auf Entscheidungsfragen zuzuspitzen. Gerade aus den Erfahrungen der Bewegung gegen den Irak-Krieg, die eine der außerparlamentarischen Massenbewegungen der letzten Monate war, an der wir einen großen Anteil hatten, ist für uns dauerhafter Friede ohne Gerechtigkeit, weltweite Abrüstung und Völkerrecht nicht vorstellbar. Für die PDS ist Krieg nicht die Ultima Ratio - denn wer den Krieg einplant, wird für den Krieg rüsten und ausbilden und allzu oft beim Krieg letztlich wirklich landen. Krieg und Vernunft schließen sich ebenso aus, wie Krieg und Menschenrechte. Die deutsche Sicherheit und Freiheit werden eben nicht am Hindukusch verteidigt, sondern können nur durch sozialen Ausgleich, kulturelle Toleranz, Weltoffenheit und Abrüstung erworben werden. Die Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen Rot-Grün, Schwarz-Gelb und PDS-Rot sind derzeit nicht zu überbrücken.

In unserer Friedenspolitik spielt eine Stärkung und Reform der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Leider reduziert sich diese notwendige Debatte oft auf Schlag- und Stichworte wie "Münster" und "Gewaltmonopol" und schließt schon deshalb viele, deren Rat wir

wollen und brauchen, aus der Diskussion aus. Aber wie steht die PDS zu diesen Problemen?

Ja, der Begriff "Gewaltmonopol" steht nicht der Charta der Vereinten Nationen, aber Inhalt und Geist der Charta ist es, Gewalt aus den internationalen Beziehungen zu verbannen. Dies wollen wir unterstützen und stellen es deshalb in unserem Programmentwurf deutlich heraus. Gleichzeitig ist es unser Eindruck, dass der Weltsicherheitsrat immer mehr dazu neigt, (genauer: die Großmächte die seiner ständigen Mitglieder sind,) das allein ihm gegebene Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, durch Mandatierung zu missbrauchen. Davor warnen wir und dringen darauf, Staaten aus Afrika, Lateinamerika und Asien als ständige Mitglieder in den Weltsicherheitsrat zu berufen. Deutschland erhebt mehr oder weniger unverhohlen einen Anspruch, "ständiges Mitglied" zu werden. Mir wären Länder wie Süd-Afrika oder Vietnam, welche die Erfahrungen der Apartheid und eines Befreiungskrieges einbringen können, wichtiger. Darüber hinaus: Völkerrechtlich ist das Privileg des Weltsicherheitsrates, einzig und allein über den Weltfrieden zu wachen, ein Fortschritt, weil er dieses Recht den Nationalstaaten entzieht. Das Völkerrecht gegen die USA, Großbritannien und andere Staaten durchzusetzen, ist eine Herausforderung der weltweiten Friedensbewegung und dazu unterbreiten wir Vorschläge.

Das ist der Standpunkt des Programmentwurfs und der Vorwurf, wir würden die PDS für Militäreinsätze öffnen wollen, ist falsch. Er ist denunziatorisch und widerspricht dem parlamentarischen und außerparlamentarischen Handeln der Partei. Wie und wann und wer aus der PDS hat einer Kriegspolitik die Hand gereicht? Das gibt es nicht und wird es nicht geben. Frieden als Auftrag und Programm der PDS ist unsere politische Aussage.

IV

Wirtschaftspolitik und Politik für eine andere Arbeitswelt - das ist ein weiteres Feld im Programmentwurf und von großer Aktualität für den Richtungsstreit über Reformen in Deutschland, den wir aufnehmen wollen.

Nicht, weil die Lohnabhängigen bisher zuviel kassiert hätten und weil die Sozialleistungen zu hoch waren, dümpelt die Wirtschaft nur eben dahin, sondern weil die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt zu schwach ist. Das Hauptdefizit besteht in mangelnder Nachfrage. Wir stimmen darin mit den Gewerkschaften voll überein.

Deshalb kommt es darauf an - so wie es auch Arbeitslosen- und Sozialverbände sehen -, den Widerstand gegen jedwede Absenkung von Lohnersatzleistungen und Sozialeinkommen zu verstärken. Denn solche Absenkung nimmt bei denen, die es am dringlichsten brauchen und die den größten Anteil ihrer Einkommen sofort wieder für den Kauf des Notwendigen ausgeben. Hier zu sparen, ist ebenso wirtschaftsschädigend wie asozial.

Wir unterstützen die gewerkschaftlichen Kämpfe zur Verteidigung der Flächentarifverträge und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Die PDS setzt sich für die Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung ein, für ein Arbeitsrecht, das sozial- und familienverträgliche Arbeitszeiten garantiert und Geschlechtergleichheit in der Arbeit erleichtert. Flexibilität ja, aber eine solche, die von den Tarifparteien gesundheits-, kinder- und partnerschaftsfreundlich ausgehandelt und vor allem von den Betroffenen selbst mitbestimmt wird.

Wir bejahen die Einführung von Mindestlöhnen statt der Ausweitung des Niedriglohnbereiches. Wir halten die Ausschöpfung der Verteilungsspielräume durch die Gewerkschaften für wirtschafts- und sozialpolitisch unverzichtbar.

Die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnt größte Bedeutung für eine gerechte Verteilung der Arbeit, nicht zuletzt auch zwischen Männern und Frauen.

Alle diese Schritte rühren nicht an die herrschenden Verhältnisse. Wohl aber gilt: Wenn tarifvertraglich gesichert würde, dass Arbeitszeitverkürzung statt zu vermehrter Arbeitshetze tatsächlich zu Neueinstellungen und zu einer stärkeren Position der Arbeit Suchenden führt, dann läge das quer zu Tendenzen des sogenannten "flexiblen Kapitalismus".

Wenn neue Arbeitsplätze durch ökologischen Umbau geschaffen werden sollen, entspricht das weithin erkannten Überlebenserfordernissen. Da dies aber langfristig gestaltende Politik, eingreifende Strukturpolitik, sozial-ökologische Rahmensetzung für den Markt und Druck von unten verlangt, gewinnt solches Vorhaben entschieden alternative Züge. Es läuft auf einen anderen als den profitdominierten Regulierungsmechanismus hinaus.

Erst recht gilt dies für die Schaffung vieler Arbeitsplätze durch entschiedenen Ausbau humanorientierter Dienstleistungen. Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation/WTO leitet einen Generalangriff des internationalen Kapitals auf öffentliche Güter und auf ihre Bereitstellung durch ein öffentliches Gesundheits- und Bildungswesen ein, es leitet einen Angriff auf die öffentliche Verantwortung für Umweltschutz, Wasser- und Energieversorgung und öffentlichen Nahverkehr ein. Das Ziel ist die Unterwerfung auch dieser Bereiche unter den Profitmaßstab. Das Recht der Bürger auf öffentliche Daseinsvorsorge soll in den Anspruch von Kunden verwandelt werden - und zwar von jenen Kunden, die Geld haben und zahlen können. Das ist eine erstrangige Gefahr, gegen die vor allem die kapitalismuskritischen globalen Bewegungen mobil machen. Die PDS nimmt ihre Warnungen und Forderungen auf. Wir haben im Programmtext die Verteidigung der öffentlichen Güter und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen zu unseren Zielen erklärt, von deren Durchsetzung wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit erwarten. Hier geht es um zentrale Kämpfe. Um den künftigen Entwicklungsweg, um noch mehr Neoliberalismus oder um Alternativen, die an den Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben aller in sozialer Sicherheit orientiert sind.

Und mehr noch: Schon heute existiert ein Dritter, ein Non-Profit-Sektor, der in Deutschland 2,2 Mio Menschen zu Tarifbedingungen außerhalb der Kapitalverwertung beschäftigt. Wir wollen eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung zwischen Markt und Staat. Aber auch das liegt quer zur neoliberalen Privatisierung und Deregulierung und würde Wandel in den Eigentumsstrukturen bedeuten.

An solchen alternativen programmatischen Ideen lassen sich dann z. B. auch die Ansätze gemeinnütziger, aktiver Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern messen. Die Initiativen der Arbeitsminister und Wirtschaftssenatoren der PDS, Helmut Holter und Harald Wolf, für Arbeit-, Ansiedlung und Aufträge und das Programm "Herausforderung 80" sind keine aktionistischen Vorschläge für den Problemdruck im Osten der Republik, sondern ernstzunehmende Lösungsangebote einer neuen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik mit europäischer Dimension. Das Programm "Herausforderung 80" zielt auf eine Umgestaltung der Transferpolitik selbst und damit langfristig auf eine finanzielle Entlastung der gesamten Gesellschaft. Die EU-Verträge bieten Spielräume, die die deutsche Politik nicht ausreichend zugunsten der neuen Länder nutzt. Auch in anderen strukturschwachen Gebieten Europas geht es ohne staatliche und europäische Investitionsförderung, ohne Kapitalhilfeprogramme und ohne offensive Infrastrukturpolitik nicht weiter. Wir brauchen eine Modellregion Ost mit einer Bildungs- und Forschungsförderung, eine kommunale Investitionspauschale, die Anerkennung des Ostens als Zielgebiet 1 oder etwas vergleichbares auch nach 2006 und wir brauchen auch die Nutzung des beachtlichen kulturellen Reichtums des Ostens. Um die Chancen der EU-Erweiterung zu nutzen, halten wir die Ansiedlung von Firmen und Bundesbehörden im Osten der Republik für eine geeignete Förderung. Mit diesen Vorschlägen kann man zugleich den wachsenden strukturellen Problemen im Westen der Republik Rechnung tragen und nicht wie Frau Merkel glaubt, gleiche Lebensbedingungen herzustellen, in dem man im Westen länger arbeitet, sondern indem man im Osten kürzer arbeitet.

Hinter den Hartzgesetzen schimmert ein altbackenes, visionsloses Arbeitskonzept hervor, das den vollbeschäftigten und möglichst ausschließlich männlichen Normalverdiener zum mehrfachen Billiglohnjobber mutieren lässt. Es ignoriert nicht nur die Probleme des Ostens, sondern ignoriert auch die Chancen des Ostens für die ganze Republik gleich mit. Wir brauchen keine weitere Verhartzung des Ostens. Mit den Hartzgesetzen sind 2004 vielleicht drei Arbeitsmarktstatistiken schöner, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit etwas ausgeglichener und ein Jobcenter erweist sich als eine sinnige Idee der Entbürokratisierung - aber ein Rezept, weder ein kurzfristiges noch ein langfristiges zur Schaffung von ca. 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen und existenzsichernden Beschäftigungen sind die Hartzgesetze nicht.

Kurz, der Programmentwurf skizziert eine Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die realistisch am Gegebenen ansetzt, aber auf Richtungsänderung der Politik zielt, auf einen Prozess der Öffnung hin zu einer gerechten Gesellschaft.

V

Im Zusammenhang damit ist ein anderer Grundgedanke des Programms entwickelt: Demokratischer Sozialismus wird dann und nur dann erfolgreich einen alternativen Entwicklungsweg mitbestimmen können, wenn es gelingt, das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft entschieden zugunsten demokratischer alternativer Kräfte zu verändern.

Im Programmentwurf heißt es dazu: "Wir lassen uns davon leiten, dass Veränderungen in der Gesellschaft nur bewirkt werden können, wenn Betroffene und mit ihnen Solidarische ihre Angelegenheiten auch selbst in die Hand nehmen und sich selbstbewusst in die notwendige Auseinandersetzung einbringen. In diesem Ensemble gesellschaftlicher Kräfte ist eine moderne sozialistische Partei notwendig."

Das erfordert eine einschneidende Veränderung in der Orientierung der Arbeit der PDS. Mehr und mehr hat sich ihre konkrete Arbeit in die Parlamente, zu den Verantwortungsträgern in Kommunalverwaltungen und auf Landesebene auch in Regierungen verlagert. Natürlich sind viele PDS-Mitglieder in Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, Frauenbewegungen, in Arbeitsloseninitiativen, in Sozial-, Mieter- und Verbraucherverbänden, in antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Gruppierungen engagiert. Aber das Hauptgewicht der Parteiarbeit hat sich in den letzten Jahren in den parlamentarischen, Verwaltungs- und Regierungsraum verlagert - in jenen Raum, in dem die äußeren Zwänge und die Notwendigkeit von Kompromissen besonders groß sind.

Damit keine Missverständnisse entstehen, in dieser Arbeit haben viele Parteimitglieder dringlich notwendige Kompetenzen erworben. In dieser Sphäre wurde für Bürgerinnen und Bürger mehr erreicht, als wir vermochten, in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen. Ministern, Senatoren, besonders den KommunalpolitikerInnen und Parlamentsabgeordneten gebührt dafür der Dank der PDS und ihre weitere Unterstützung. Wenn es aber gelingen soll, die vielen einzelnen ausgehandelten Ergebnisse dieser angestregten Arbeit zu einem entschieden deutlicher erkennbaren Profil der PDS zu verdichten als bisher, wenn im Ergebnis von Regierungsbeteiligungen die Stimmen für die PDS nicht weiter sinken, sondern steigen sollen, dann bedarf es der entschiedenen Verstärkung des außerparlamentarischen Drucks für alternative Projekte, damit sich unsere Genossinnen und Genossen in der parlamentarischen, Regierungs- und Verwaltungsarbeit darauf stützen können.

Deshalb heißt es im Programmentwurf: "Wir wollen, dass die Mitglieder der PDS stärker noch als bisher in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen wirken."

Für die PDS gilt wie für die gesamte Linke in Europa, dass sie an ihre eigenen Grenzen stößt. Sie besitzt in Ostdeutschland wichtige Voraussetzungen für ein Wirken als linke Volkspartei: eine relativ starke soziale Verankerung, eine breite Aktivistschaft mit praktischer Orientierung und sozialistischen Überzeugungen, Verantwortungsträgern in Parlamenten, Verwaltungen und Vorständen, die über große Erfahrungen verfügen. Aber die Mobilisierungsfähigkeit der Partei stagniert und ist zum Teil rückläufig.

In Westdeutschland liegt noch weit mehr auf der Hand, dass die bisherige Strategie nicht ausreicht für eine tiefere Verankerung der PDS in der Gesellschaft. Wir brauchen eine neue Offenheit, eine glaubwürdige große Bereitschaft zu Lernprozessen gemeinsam mit anderen, eine innerparteiliche Kultur, die davon nicht abschreckt, sondern dafür gute Bedingungen bietet.

Die PDS will mit einem zu schärfenden eigenen Profil die Gemeinsamkeit mit anderen in bisher nicht erreichtem Maße suchen. Das ist unverzichtbar für Alternativen in der Bundesrepublik wie für das Überleben der PDS selbst. Dies würde zu neuer außerparlamentarischer Verankerung auch der parlamentarischen Arbeit und der Verantwortung in

Regierungen auf Landesebene führen und auf neue Weise unterschiedliche Kräfte in der PDS zusammenführen können.

Das neue Programm der PDS verdeutlicht die eigene Identität der Partei und vermag gerade dadurch die Grundlagen für ein entschieden intensiveres Zusammenwirken mit anderen zu festigen.

Politik ist nicht für Alternativlosigkeit, sondern für Alternativen zuständig. Ich habe einen konzentriert arbeitenden neuen Vorstand kennengelernt, der mit seinen Aufgaben wächst: und ich weiss jetzt: Eine Krise kann auch eine Chance sein.

Stefan Heym, der in Chemnitz geboren wurde, hat vor fast genau neun Jahren als Alterspräsident des Deutschen Bundestages zu dessen Konstituierung darauf aufmerksam gemacht: "Zwar hat die Mehrheit ... sich von der hemmenden Last des Stalinismus und Poststalinismus befreit. Aber die Krise von der ich sprach, eine Krise nunmehr der gesamten Industriegesellschaft, tritt dadurch nur um so deutlicher in Erscheinung. Wie lange wird der Globus noch, der einzige den wir haben, sich die Art gefallen lassen wie diese Menschheit ihre tausenderlei Güter produziert und konsumiert? Und wie lange wird die Menschheit sich die Art gefallen lassen wie diese Güter verteilt werden?"

Wir haben in Ost und West geschichtliche Lehren zu verarbeiten und deshalb ist der Gründungskonsens dieser Partei eine konsequente Entscheidung für den demokratischen Sozialismus gewesen.

Doch eine Partei des demokratischen Sozialismus hat nicht nur an glücklichen Wahlabenden ihr weiteres Existenzrecht zu feiern, sondern wir sind dafür angetreten, ein unverkennbares Profil und eine strategische Orientierung auf einen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf für einen politischen Richtungswechsel zu führen. Es geht um einen Richtungswechsel, in dem die Fragen über eine Zukunft aller - die Stefan Heym an den Deutschen Bundestag gestellt hat - von vielen und überall gestellt werden. Dazu zählt ebenfalls, daß sie auch wieder im deutschen Bundestag zu hören sind und zwar nicht nur zwei- sondern mehrstimmig, mit einer ganzen Fraktion der PDS. Wobei wir alle uns heute an genau dieser Stelle bei den zwei Stimmen für ihr mutiges, und hörbares Engagement bedanken wollen. Danke Gesine, danke Petra!

Eine Programmdiskussion ist eine ernste, einschneidende Angelegenheit, ein entscheidender Teil unserer notwendigen Lernprozesse, aber genau wie die kommenden Wahlkämpfe kein Selbstzweck.

Wir werden doch nach einer über fünf Jahre währenden, offenen und ausgewogenen Programmdebatte einen realistischen, modernen und entschieden sozialistischen Programmentwurf, der uns hier zur Abstimmung vorliegt, annehmen können, und wir haben als Delegierte eines Programmparteitages der PDS allen Grund, uns für diesen weiteren Schritt unseres Weges zurück in die Politik zu entscheiden.

Hier hat eine Programmkommission - ab 2000 - unter Leitung von Gabi Zimmer, die allein nur in diesem Jahr über 500 Zuschriften im Text verarbeitet hat, Enormes geleistet. Ich möchte mich nicht nur dafür bedanken (auch stellvertretend für viele andere bei Bernd Ihme und Tanja Behrend), sondern auch unbedingt darauf aufmerksam machen, dass wir um viele neue Ideen, streitbare Ansätze und kluge Argumentationen gegen diesen neoliberalen Einheitsbrei reicher geworden sind.

Und wir müssen langfristig an von uns entwickelten Konzepten weiterarbeiten, ob es sich um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor oder um eine Reform der Steuern handelt.

Der langfristige programmatische Vorschlag - "den Arbeitsgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen von der Lohnsumme auf die Bruttowertschöpfung umzustellen" gibt arbeitsintensiven Branchen eine Chance, nimmt die wirkliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Grundlage und belohnt nicht den Abbau von Arbeitsplätzen zugunsten wachsender

Kapitalintensität.

Ein weiteres "zentrales Element für die Weiterentwicklung sozialer Sicherungssysteme stellt für die PDS die schrittweise Einführung einer am Bedarf orientierten sozialen Grundsicherung dar ... Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung schließt Armut aus und ist dem in Deutschland geschaffenen geistigen, kulturellen und materiellen Reichtum angemessen. Um der Grundsicherung den Weg zu ebnen, unterstützt die PDS die Forderung nach Einführung von Mindestlöhnen."

Wir verfallen nicht sofort dem neoliberalen Zeitgeist, wenn wir unternehmerisches Handeln und Gewinninteresse im Programm ansprechen. Viele kleine Unternehmen und Selbständige fühlen sich von den großen Unternehmerverbänden überhaupt nicht mehr vertreten.

Unternehmerische Kreativität begründet nicht gleich und unmittelbar dasselbe, wie eine profitdominierte Kapitallogik großer Konzerne, die wir unbedingt zurückdrängen wollen.

Wir verzichten an keiner Stelle des Programms auf eine Qualifizierung unserer Kapitalismuskritik und auf eine Kritik der Eigentumsverhältnisse, die mit ihrer unkontrollierten Verfügungsgewalt einzelner das Anwachsen gesellschaftlicher Probleme verschärfen. Durch Spekulationen und eine ausschließliche Kapitallogik werden menschliche Begabungen und Fertigkeiten - selbst unternehmerische Kreativität - vernichtet.

Wir haben im Programmentwurf die Verteidigung der öffentlichen Güter und den Ausbau humanorientierter Dienstleistungen zu unseren Zielen erklärt und hier sind umfassende Vorschläge enthalten, die z. B. im Potsdamer Appell vom 20. September dieses Jahres auf der Internationalen Konferenz der linken Fraktion - GUE/NGL - im Europäischen Parlament zu den "Auswirkungen der EU-Liberalisierungspolitik auf die öffentliche Daseinsvorsorge" konkretisiert wurden.

Ich kann mich nicht entsinnen, von uns selbst verlangt zu haben, eine Bibel der ewigen Wahrheiten oder einen Warenhauskatalog der Beliebigkeit linker Geisteskraft zu verfassen. Wir wollten ein Streitbares, mehrheitsfähiges Programm und das liegt uns vor.

Wäre es nicht Streitbar, hätten wir mit dem Programmentwurf den ausgesprochen unsinnigen Versuch unternommen, den Pluralismus in der PDS nun auch programmatisch zu beerdigen.

Dieses Programm ist entschieden sozialistisch und zwar, dies hatte ich eingangs schon angedeutet, auf einem Niveau sozialistischen Denkens, welches Geschichte verarbeiten kann.

Die programmatische Ausgangsfrage: "Was braucht jede und jeder einzelne für ein selbstbestimmtes Leben...?" verlangt einen kritischen und zugleich differenzierten Umgang mit der Geschichte des sozialistischen Versuches.

Unsere Kritik gilt nicht den unterschiedlichen Erfahrungen, den Irrtümern und schon gar nicht den großen sozialen Leistungen in der DDR, dem Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger.

Wir kritisieren das strukturelle Defizit an demokratischer Mitbestimmung, auch gewachsen aus außenpolitischen Bedingungen des kalten Krieges.

Unter anderem auch daraus sind Fehlentwicklungen und ein bevormundendes Klima entstanden, welches die Reformfähigkeit des Sozialismus in der DDR untergraben haben.

Dieses Programm ist zugleich entschieden sozialistisch, weil es die Welt nicht vom Paradies her definiert, sondern konsequent aus den realen Widersprüchen ableitet und darin Reformalternativen sucht und findet und vor allem auch Menschen anspricht, mit uns gemeinsam Reformalternativen zu finden.

"Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern er geht von den wirklichen Interessen und Bedürfnissen der Menschen aus."

Mit einem neuen Programm sind auch ein neuer Politikstil der Offenheit und eine Kultur des produktiven Streits gefordert. Diesen Politikstil müssen wir auch leben und dazu gab es viele spannende Impulse, die nicht nur auf der Parteireformkonferenz in Leipzig Anfang September diskutiert worden sind. Und gerade jetzt, nach dem überraschenden Tod von Michael Chrapa, will ich euch erinnern, mit welcher kritischen Analyse, humorvollen Weltansichten und programmatischen Ideen Michael Chrapa uns alle und andere bereichert hat.

Wir entscheiden hier nicht nur über einen Programmentwurf. Wir entscheiden hier, ob wir in der Lage sind, uns mit einem mehrheitsfähigen Programm in eine öffentliche Debatte um eine sozial gerechte, solidarische Zukunft einzumischen. Und deshalb brauchen wir die Entscheidung für ein neues modernes Programm jetzt.

Machen wir uns nichts vor. Zur nüchternen Beurteilung der Lage gehört die Feststellung: Die Konservativen sind europaweit im Vormarsch, die Sozialdemokratie verliert. Die Linke neben der Sozialdemokratie gewinnt europaweit nicht einfach den Raum, den andere verlassen, auch nicht in Deutschland. Wir müssen uns diesen Raum Millimeter für Millimeter erkämpfen. Und wir unterstützen deshalb auch eine europäische Linkspartei, die die vereinzelt Kräfte in den Ländern der EU für ein friedliches, demokratisches und soziales Europa zu einer wichtigen, dynamischen Kraft vereinigen kann. Dieses für die Links neben der Sozialdemokratie angesiedelten europäischen Parteien offene Projekt wird nach intensiven Beratungen mit befreundeten Parteien in Europa im November im Parteivorstand gründlich behandelt.

In der vorigen Woche ist eine Broschüre zu Agenda 2010 mit unserer Kritik und unseren Vorschlägen der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Auch im Parteivorstand wissen wir wohl, dass eine Broschüre allein nicht ausreicht, aber sie wird vielen helfen in der eigenen Argumentation, im täglichen Gespräch mit anderen, auch an den Info-Ständen. Nutzen wir also diese Broschüre. Und niemand ist daran gehindert, ihre Argumentation zu verbessern, sie als Drehbuch zu nutzen, damit wir auch stärker im Fernsehen vorkommen ...

In der vorvorigen Woche wurde durch unsere Europa-Fraktion eine Massenzeitung für ein friedliches und soziales Europa herausgegeben. Ich erwähne das mit der Bitte an Euch, die Dinge, die wir produzieren - und dazu gehören auch der Disput und der Pressedienst - auch zu nutzen.

Mit der Arbeit in den Kommunen, durch die europäische Dimension unserer politischen Praxis und durch die intensive Auseinandersetzung mit der Arbeit in den Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern begeben wir uns als Partei in Lernprozesse, in denen wir uns mit unserer anspruchsvollen Programmatik zugleich ernst nehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir gehören 2006 in den deutschen Bundestag und wir werden 2004 einen anspruchsvollen Wahlkampf in den Ländern und für den Einzug in das europäische Parlament als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten führen. Die Teilnahme an den Kommunalwahlen in den alten Bundesländern wird in den nächsten Jahren zu einem Gradmesser unseres Erfolges und ein Zeichen dafür, dass wir - trotz aller Schwierigkeiten - den Aufbau West der PDS wollen und tatkräftig unterstützen.

Viele Mitglieder der PDS gehen am 1. November 2003 zur großen Demonstration vieler Initiativen und Bündnisse gegen den sozialen Kahlschlag in Berlin auf die Straße ... In der Resolution, die dem Parteitag zur Beschlussfassung vorliegt, steht: "Wir werden es nicht bei Konzepten und Erklärungen bewenden lassen Wenn nicht jetzt, wann dann, braucht dieses Land eine starke sozialistische Opposition?" Diese Resolution, die der Parteivorstand ausgearbeitet hat, liegt euch schriftlich vor, weil aus einer Reihe von Basisorganisationen der Vorschlag kam, wir sollten uns auch zu den aktuellen sozialen Fragen äußern. Die

Resolution greift in die aktuelle Situation ein, und sie wäre der aktuelle politische Diskussionsbeitrag der PDS aus Chemnitz. Wir haben den Text, da er aus Zeitgründen nicht ausführlich diskutiert werden kann, so formuliert, dass ihn aus unserer Sicht alle Delegierten mittragen können. Dennoch ist es natürlich eure Entscheidung, ihn per Akklamation anzunehmen oder nicht oder ihn nach einer Für- und Widerrede abstimmen zu lassen.

In unserem Programm ist formuliert, was uns als Partei im Inneren zusammenhält.

In unserem Programm sind öffentlich unsere Ziele nach mehr sozialer Gerechtigkeit, sozialer Chancengleichheit und Solidarität formuliert. Unser Programm zeigt Wege in eine Zukunft ohne Kriege, und das ohne jedes Wenn und Aber! Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat ihre Lehren gezogen. Sie weist die falschen Gegenüberstellungen und Entgegensetzungen aus der Geschichte zurück. Wir demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten wollen Freiheit UND Sozialismus.

In dieser für unsere Partei nicht einfachen Phase ihrer Entwicklung wird uns ein neues Programm Zuversicht und den nötigen Mut für unseren Kampf um eine alternative Agenda Sozial geben. Wir werden jetzt dringend in den sozialen Auseinandersetzungen gebraucht. Ein langer Atem ist gefragt. Konzentrieren wir uns deshalb auf unsere Aufgaben in diesen sozialen Auseinandersetzungen, langfristig mit unserem Programm und täglich vor Ort.

Wir alle gemeinsam!